

Betreff:

Stärkung der Stadtpolizei
- Antrag der CDU-Fraktion vom 04.09.2019 -

Antragstext:

Seit der Trennung der Aufgaben von Stadtpolizei und kommunaler Verkehrsüberwachung und somit der organisatorischen Differenzierung ist die Stadtpolizei für die Erfüllung vielfältiger Aufgaben verantwortlich. Viele davon sind seit jeher in deren Zuständigkeitsbereich angesiedelt, andere, etwa die Überwachung des Zehn-Punkte-Programms „Gemeinsam Sicheres Wiesbaden“ in Kooperation mit der Landespolizei, sind hinzugekommen und der Aufwand, z.B. durch personalintensive Kontrollen, hat sich im Laufe der Zeit erhöht. Die Personalstärke der Stadtpolizei beträgt aktuell insgesamt 83 Ordnungspolizeibeamten/innen. Hiervon entfallen 68 Einsatzkräfte auf den Außendienst, zehn auf die Leitstelle und fünf Ordnungspolizeibeamte/innen vom Dienst auf die mittlere Führungsebene. Die 83 Beschäftigten sind unter anderem zuständig für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, für die Kontrollen der für Wiesbaden bestehenden Gefahrenabwehrverordnungen und Rechtsverordnungen und für besondere Maßnahmen zur Gefahrenabwehr und Verkehrssicherheit. Dahinter verbergen sich zum Beispiel Kontrollen von Waffenverbots- und Alkoholverbotzonen oder auch Gefahrgutkontrollen. Ebenso zählt der Schutz öffentlicher Einrichtungen oder Grünanlagen wie Parks dazu. Aus der Wiesbadener Bevölkerung wird immer wieder das Bedürfnis geäußert, die routinemäßigen Kontrollen, wie zum Beispiel am Warmen Damm und in der nächtlichen Waffenverbotszone, nicht nur in der Innenstadt, sondern auch in den Agglomerationszentren, beispielsweise von Biebrich und Schierstein, zu intensivieren und die Überprüfungen u.a. von Shishabars flächendeckender zu gestalten. Immer mehr originäre Aufgaben, die bisher von der Landespolizei bewältigt wurden, werden von dieser wieder an die Kommune zurückgeben. Dafür reicht die vorhandene Personaldecke der Stadtpolizei voraussichtlich nicht aus.

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. in welchen Bereichen die meisten und in der Bearbeitung aufwendigsten Verstöße/Ordnungswidrigkeiten auftreten;
2. in welchen Aufgabenbereichen, an welchen Orten/Plätzen in der Innenstadt und der Agglomeration eine Intensivierung von Kontrollen/Überprüfungen sinnvoll wäre;
3. welche Auswirkungen dies auf den Personal- und Ausrüstungsbedarf hat.

Der Magistrat wird ferner gebeten, etwaige Bedarfe auf Grund der Ergebnisse zu 3. kurzfristig zu den Haushaltsberatungen mitzuteilen.

Wiesbaden, 04.09.2019

Dr. Bernd Wittkowski
Fraktionsvorsitzender

Dr. Karina Strübbe
Fraktionsreferentin